



Newsletter

Juni 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser Straßburger Plenarwoche sollte eigentlich eine mehrheitliche Parlamentsposition zum Freihandelsabkommen mit den USA gefunden werden. Damit sollte die europäische Seite bei den Verhandlungen mit den Amerikanern gestärkt werden. Zur großen Enttäuschung der Liberalen war jedoch genau das Gegenteil der Fall. Andere Parteien, wie die Sozialdemokraten, zeigen sich intern zerstritten oder betreiben Fundamentalopposition wie die Grünen und die Linken. Im Endeffekt wird die TTIP-Abstimmung auf unbestimmte Zeit verschoben und wir haben uns selbst geschwächt. Eine schlechte Nachricht sowohl für das Parlament als auch für Europa.

Dennoch wurde natürlich auch wieder konstruktiv gearbeitet. Unter anderem hat das Parlament die Gleichstellung der Geschlechter und die erneut aufflammenden Kämpfe in der Ost-Ukraine thematisiert. Zudem wurden die jüngsten Enthüllungen bei der FIFA besprochen. Hinsichtlich meiner politischen Themen haben mich dieses Mal besonders europäische Häfen und städtische Mobilität umtrieben. Genauere Informationen finden Sie wie gehabt in diesem Newsletter. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Ihre Gesine Meißner

Inhalt

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Stillstand bei der Gleichstellung der Geschlechter?	<i>Seite 3</i>
Abstimmung zu TTIP: Eine verpasste Chance	<i>Seite 3</i>
EU-Russland Beziehungen	<i>Seite 4</i>
FIFA: Wichtiges Signal im Anti-Korruptionskampf	<i>Seite 5</i>
Ban Ki-moon spricht zu Europaabgeordneten	<i>Seite 5</i>

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Hafenpaket	<i>Seite 6</i>
Städtische Mobilität	<i>Seite 6</i>
Frühstück mit dem Kommissar: Kreislaufwirtschaft – Ideen und Innovation statt Planwirtschaft	<i>Seite 6</i>
Verpflichtende Verbrauchsanzeigen in Fahrzeugen	<i>Seite 7</i>
'Stop Vivisection' vorerst abgelehnt	<i>Seite 7</i>
Klonen von Tieren	<i>Seite 7</i>
EUROLAT-Versammlung in Brüssel	<i>Seite 8</i>

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

European Maritime Day in Athen	<i>Seite 9</i>
FLIP - Wachstumschancen für kleine und mittelgroße Häfen in Europa	<i>Seite 9</i>
Terminvorschau	<i>Seite 9</i>

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Stillstand bei der Gleichstellung der Geschlechter?

Alle Jahre wieder diskutiert das Europaparlament die Gleichstellung von Mann und Frau. Entscheidende Fortschritte hat es in letzter Zeit nicht gegeben, in einigen Bereichen ist sogar Stillstand zu verzeichnen. Diesmal haben wir eine Stellungnahme abgegeben, wie die neue EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter aussehen soll. Sie wird jeweils für fünf Jahre aufgestellt, die aktuelle Strategie läuft 2015 aus. Aber es müssten den immer wiederkehrenden Lippenbekenntnissen endlich Taten folgen.

Beim Gender Equality Index des Europäischen Instituts für Gleichstellung erreicht die EU nur einen Durchschnittswert von 54 von 100 Punkten. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit wird zwar jedes Jahr am "Equal-Pay-Day" eingefordert, aber bislang ohne Erfolg. Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt ein Dauerthema, nicht nur für Frauen, die den Großteil der Betreuungsarbeit übernehmen und dadurch berufliche Einbußen hinnehmen müssen, sondern auch für Männer, die sich mehr der Familie widmen möchten und dafür nicht die passenden flexiblen beruflichen Angebote vorfinden.

Studien haben bewiesen, dass gemischte Teams effektiver arbeiten und mehr Profit erwirtschaften. Dennoch bleiben Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft und Politik deutlich unterrepräsentiert. Ein verbindlicher Fahrplan für Verbesserungen ist daher überfällig. Es darf allerdings nicht soweit kommen, dass EU-Fördergelder für kleine Unternehmen an die Erfüllung von Gleichstellungskriterien gebunden werden. Das geht zu weit und wurde von uns abgelehnt.

Bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen gibt es aber keine Ausreden. Hier muss Europa Vorreiter sein. Genitalverstümmelung und Vergewaltigung als Mittel der Kriegsführung sind nicht hinnehmbar. Der Schutz vor Gewalt und Diskriminierung als Menschenrecht muss fester Bestandteil in der Außen- und Handelspolitik der EU werden.

Abstimmung zu TTIP: Eine verpasste Chance

Eigentlich sollte diese Woche die Abstimmung zum Freihandelsabkommen mit den USA stattfinden. Konkret sollte das Parlament seine Forderungen an die Verhandlungsführer festlegen. Bei den Sozialisten, insbesondere der SPD ging es intern allerdings drunter und drüber, sodass das Votum letztendlich auf unbestimmte Zeit verschoben werden musste. Martin Schulz strich zunächst die Abstimmung von der Tagesordnung mit der offiziellen Begründung, dass in letzter Minute zu viele Änderungsanträge eingereicht wurden – als Parlamentspräsident kann er das machen. Dann wurde darüber abgestimmt, ob die Debatte trotzdem stattfinden soll, was natürlich wenig Sinn machte, weil jetzt im Ausschuss neu verhandelt wird. Die Verschiebung der Debatte erfolgte dann äußerst knapp mit 183:181 Stimmen bei 37 Enthaltungen. Das ist alles sehr ärgerlich, da somit wertvolle Zeit verstreicht, obwohl die europäische Wirtschaft dringend auf neue Impulse angewiesen ist, um Wachstum zu schaffen und Arbeitslosigkeit zu verringern.

Die Liberalen waren und sind bereit voranzuschreiten. Wir haben eine klare Vorstellung wie ein ambitioniertes TTIP aussehen soll, von dem europäische Verbraucherinnen und Verbraucher genauso profitieren wie die innovative Exportwirtschaft. TTIP wird die Konjunktur beleben. Gerade für den Mittelstand, für kleine und mittlere Unternehmen ergeben sich neue Chancen beim Export in die USA durch niedrigere Zölle und den Wegfall hemmender Formalitäten. Auch in Deutschland wird das Abkommen allerdings von einem Teil der Bevölkerung vehement abgelehnt. Die Angst konzentriert sich meistens auf spezielle Fragen - Stichwort Chlorchicken. Dass Hühner in Chlor getaucht werden, um Keime abzutöten, finden viele Deutsche widerlich. Dass abgepackter Salat auch in Europa mit Chlor behandelt wird, weiß fast niemand. Umgedreht dürfen in den USA zum Beispiel keine Äpfel aus Europa verkauft werden, da die Grenzwerte für Pestizid-Rückstände dort strenger sind als in Europa. Die EU-Äpfel sind nach amerikanischen Maßstäben zu sehr belastet.

Klar ist, USA und EU haben unterschiedliche Standards für Lebensmittel. Deswegen wird es schwierig, sich in diesem Punkt beim Freihandelsabkommen zu einigen. Vieles wird so bleiben wie bisher. Also

kein Chlorhühnchen in Deutschlands Supermärkten und keine deutschen Äpfel in amerikanischen Supermärkten.

Ein weiterer großer Kritikpunkt in der deutschen Öffentlichkeit sind die sogenannten Schiedsgerichte, die durch das Freihandelsabkommen vorgesehen sind. Bei Streitigkeiten zwischen den zwei Handelspartnern können beide Parteien ein unabhängiges Schiedsgericht für die Klärung des Streits einsetzen. Ausländische Investitionen im anderen Land sollen damit geschützt werden. Die Bundesrepublik hat selber 130 Verträge mit Staaten außerhalb der EU abgeschlossen, wo diese Schiedsgerichte vorgesehen sind. Kein deutsches Unternehmen möchte sich von einem afrikanischen Despoten ohne Grund enteignen lassen und alles Geld verlieren, das vor Ort investiert wurde. Auf die örtlichen Gerichte ist in diesem Fall wahrscheinlich wenig Verlass.

Aber wieso braucht man diese parallele Rechtsprechung, wo es doch sowohl in der EU als auch in den USA ein funktionierendes Rechtssystem gibt? Nun, sogar in Handelsabkommen, die Deutschland mit EU-Partnern wie Polen und Ungarn hat, gibt es Schiedsgerichte. Deutschland hat aktuell sogar ein Schiedsgerichtsverfahren gegen Spanien eingeleitet, da spanische Zuschüsse für Solarstromanlagen drastisch gekürzt wurden. Deutsche Unternehmen, die in Spanien Solaranlagen gebaut haben, fühlen sich in ihrer Kalkulation betrogen.

Wegen der vielen Kritik gegen die Schiedsgerichte arbeitet die EU gerade an neuen Regeln, um die Arbeit dieser Gerichte transparenter zu machen. Auch das Urteil muss in Zukunft öffentlich sein. Damit kann man einige Zweifel vielleicht ausräumen. Die Liberalen sind in dieser Frage sehr konstruktiv, während die Grünen sich zum Beispiel komplett quer stellen. Insgesamt ist TTIP aber ein Mammutprojekt, das uns noch viele Jahre beschäftigen wird. Aus meiner Sicht bietet es aber für Europa viele Chancen - wie jeder Freihandel bislang. Schließlich ist die EU selbst eine einzige große Freihandelszone. Deshalb ist es ärgerlich, dass wir diese Woche nicht den nächsten Schritt machen konnten.

EU-Russland Beziehungen

Die Gewalt in der Ost-Ukraine ist erneut eskaliert und gefährdet das Minsk-II-Abkommen vom Februar 2015. Diese Vereinbarung sollte zur Deeskalation des Kriegs in der Ost-Ukraine beitragen. Die vereinbarte Waffenruhe wurde seitdem jedoch wiederholt gebrochen. Die Kämpfe sind leider erneut heftig aufgeflammt. Hinzu kommt, dass verschiedenen europäischen Abgeordneten, auch unserem Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt, in den letzten Wochen die Einreise nach Russland verweigert wurde. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, reagierte daraufhin mit der Entscheidung, den Zugang russischer Volksvertreter ins Parlament ebenfalls genauer zu prüfen. Angesichts dieser Probleme hat sich das Europäische Parlament in dieser Sitzungswoche erneut mit der Thematik befasst.

In der Debatte zeigt sich die Mehrzahl der Abgeordneten sehr besorgt, dass Russland sich immer weiter von der internationalen demokratischen Gemeinschaft und Rechtsordnung abwendet. Am drastischsten wurde dies durch die illegale Annexion der Krim deutlich. Besorgniserregend ist außerdem, dass die russische Regierung versucht, eine Allianz mit den euro-skeptischen und extremen Parteien Europas wie der Front National zu schmieden, um die einheitliche Position der EU aufzuweichen. Dies dürfen wir unter keinen Umständen zulassen. Wir wollen partnerschaftliche Beziehungen mit Russland, aber eben nur, wenn es die Destabilisierung auf allen Ebenen unterlässt.

Hinsichtlich der Halbinsel Krim entsteht eine bedrohliche Situation, da die Schwarzmeerflotte auf russischer Seite stark verstärkt wird. Es besteht die realistische Gefahr eines Wettrüstens. Die unsichere Situation hat negative Konsequenzen für Energielieferungen und die maritime Wirtschaft. Jeden Tag gehen der russischen Wirtschaft Millionen Euro durch die Lappen. Außerdem gibt es Bericht über Übergriffe auf die Minderheit der Tartaren auf der Krim. Es ist also eine militärische, humanitäre und wirtschaftliche Krise, die dringend entschärft werden muss.

FIFA: Wichtiges Signal im Anti-Korruptionskampf

Die Korruptionsvorwürfe gegen hohe FIFA-Funktionäre und der Sturz Sepp Blatters waren Anlass genug für das EU-Parlament, eine Entschließung zum Thema zu verabschieden. In dieser wird unter anderem gefordert, dass die Regeln und Strukturen der FIFA dringend reformiert und transparenter werden müssen. Zudem wird erwähnt, dass die Einhaltung von Menschenrechten bei der Vergabe von sportlichen Großereignissen ausschlaggebend sein sollte. Hintergrund ist, dass der zukünftige WM-Gastgeber Katar regelmäßig wegen der katastrophalen Arbeitsbedingungen auf den Baustellen in den Fokus von Menschenrechtsorganisationen gerät.

Es ist an der Zeit nicht nur leere Versprechen gegen Korruption zu geben, sondern aktiv gegen die Übeltäter vorzugehen. Die Verhaftungen der Funktionäre waren daher richtig und wichtig. Staaten müssen im Anti-Korruptionskampf stärker miteinander kooperieren, um Schlupflöcher zu entdecken und zu schließen. Fußball ist ein Sport, der weltweit verfolgt und geliebt wird. In der Vergangenheit haben einzelne Männer den Fußball als Geisel zur persönlichen Bereicherung genommen. Damit muss nun endgültig Schluss sein. Dazu braucht es eine Reform der Verbandskultur und der Institutionen. Durch die weltweite Beliebtheit des Sports wird ein eindeutiges Signal gesendet, das in allen Ländern gehört wurde. Es gibt kein 'weiter so', sondern eine andere Führungskultur. Die EU kann in diesem Reformprozess beratend zur Seite stehen, zum Beispiel was transparente Strukturen, Buchhaltung und Ausschreibungen von öffentlichen Veranstaltungen angeht.

Ban Ki-moon spricht zu Europaabgeordneten

In der Mai-Sitzung beehrte uns der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, im Europäischen Parlament. Er würdigte den Einsatz der Europäischen Union für Frieden, wirtschaftliche Entwicklung und Menschenrechte. Er unterstrich deutlich, dass die Unterstützung der EU in diesen Bereichen für die Arbeit der UN sehr wichtig ist. Aus gegebenem Anlass äußerte sich der UN-Generalsekretär zu den Flüchtlingskrisen im Süden Europas und in Südostasien. Allein in diesem Jahr sind 1800 Menschen bei dem Versuch das Mittelmeer zu überqueren ums Leben gekommen - ein zwanzigfacher Anstieg im Vergleich zum letzten Jahr.

Angesichts dieser erschreckenden Zahlen steht die Staatengemeinschaft in der Pflicht Lösungen zu finden. Natürlich unterstütze ich diese Aufforderung uneingeschränkt. Es ist unsere dringlichste Aufgabe, Leben im Mittelmeer zu retten! Dazu müssen wir verschiedene Lösungsansätze verfolgen. Wir müssen die Seenotrettung erweitern. Wir müssen gegen die Schmuggler vorgehen. Wir müssen Entscheidungen über Aufenthaltserlaubnisse reformieren und beschleunigen - um nur einige Ansätze zu nennen. Unter keinen Umständen dürfen Flüchtlinge stigmatisiert werden. Generalsekretär Ban sprach zudem die bevorstehenden Klimaverhandlungen in Paris und die Entwicklungskonferenz in Addis Abeba an. Beide Termine sind große Chancen um globale Probleme zu lindern. Er betonte, dass in Paris bindende Klimaschutzvorgaben für alle Staaten gefunden werden müssen. Zudem müssen Entwicklungsländer bei Bedarf finanziell unterstützt werden, um diese zu erreichen. In Addis Abeba müssen Wege gefunden werden, um Hilfgelder effektiver einzusetzen und Armut erfolgreicher zu bekämpfen.

Am 70. Jahrestag der Vereinten Nationen stehen wir also vor großen Herausforderungen, zu denen die Europäische Union große Beiträge leisten muss. Die breite Zustimmung des Parlaments auf die Rede von Herrn Moon hat gezeigt, dass er mit unserer Unterstützung rechnen kann.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Hafenpaket (Berichterstatterin der liberalen Fraktion)

Die Arbeit am sogenannten Port Package III nimmt langsam Fahrt auf. Ziel des Gesetzgebungsvorschlags ist, EU-weite Regeln für die Organisation von Dienstleistungen in Häfen festzulegen, z.B. das Betanken, Schleppen und Vertäuen von Schiffen oder die Frachtabfertigung. Nächste Woche wird der Hamburger SPD-Abgeordnete Knut Fleckenstein seinen Vorschlag für eine Parlamentsposition vorstellen. Statt einige Dienste für konkurrierende Anbieter zu öffnen, will Fleckenstein den Häfen mehr Möglichkeiten an die Hand geben, die Zahl der Dienstleister zu beschränken. Das macht für viele Bereiche auch Sinn. Ein kleiner Hafen bietet z.B. nicht genug Verkehr, um zwei verschiedene Betankungsdienste zu bedienen. Auch die Lotsen sind ein sensibler Bereich. Sie sehen die Sicherheit und die reibungslosen Abläufe im Hafen gefährdet, wenn mehr als ein Lotsendienst dort unterwegs ist. Ich betreue dieses Gesetzgebungsverfahren für die Liberalen und kann mich der ablehnenden Position meines SPD-Kollegen nicht völlig anschließen. Man muss nämlich auch berücksichtigen, dass manche Häfen sich schon heute entschieden haben, einige Dienste für verschiedene Konkurrenten zu öffnen. Auch für solche Fälle sollte es klare Regeln geben. Mir ist wichtig, dass wir keinem Hafen ein bestimmtes System vorschreiben, denn die europäischen Häfen sind viel zu unterschiedlich organisiert. Allein die Eigentumsverhältnisse sind kaum zu vergleichen. In Deutschland oft in der Hand von Ländern und Kommunen, sind die britischen Häfen rein private Unternehmen oft von chinesischen Investoren finanziert.

Städtische Mobilität (Berichterstatterin der liberalen Fraktion)

„Städtische Mobilität“ ist in Zeiten, in denen immer mehr Menschen in Städten leben, ein wichtiges Thema. Für die EU-Politik allerdings ein Minenfeld, denn über den öffentlichen Nahverkehr, Tempo 30-Zonen oder autofreie Sonntage entscheiden ausschließlich die Städte und Kommunen vor Ort. Die EU hat hier keine Kompetenz, Gesetze zu erlassen. Aber sie kann natürlich Empfehlungen geben. Von dieser Möglichkeit hat meine italienische Kollegin der Fünf Sterne Bewegung auch ausführlich Gebrauch gemacht. Sie hat im Namen des Parlaments einige recht idealistische Vorschläge eingereicht, z.B. kostenfreier ÖPNV oder auch Bau einer neuen Straße nur, wenn man vorher geprüft hat, ob eine neue S-Bahn nicht auch die gleiche Menge an Passagieren transportieren kann. Ich glaube aber nicht, dass man Leute vom Autofahren abhält, indem man aufhört, Straßen zu bauen, die ja im übrigen auch von Bussen im ÖPNV genutzt werden. Von einem staatlichen Autofahrverbot halte ich auch überhaupt nichts. Wir brauchen eher intelligente und innovative Lösungen, um Stau, Abgase und Lärm in der Stadt zu reduzieren. Möglich wären vielleicht Belieferungen von Restaurants und Geschäften mit Elektroautos auch während der Nacht. Sie machen wenig Lärm und halten den Verkehr nicht auf, da nachts wenig Autos unterwegs sind. Oder man nimmt sich ein Beispiel an Amsterdam. Dort werden die Bierfässer direkt vom Frachtschiff aus dem Kanal in die Kneipe am Ufer gehoben -praktisch, aber natürlich nicht überall möglich..

Frühstück mit dem Kommissar: Kreislaufwirtschaft – Ideen und Innovation statt Planwirtschaft

Im Juli letzten Jahres hat die Kommission das sogenannte Abfallpaket zurückgezogen und für Ende 2015 einen neuen Vorschlag angekündigt. In diesem neuen Vorschlag will sich die Kommission nicht nur auf Abfall konzentrieren, sondern auch andere Felder wie Ressourceneffizienz einbeziehen. Zu diesem Thema hatten wir, die liberalen Mitglieder des Umweltausschusses, im Rahmen eines informellen Arbeitsfrühstücks am Mittwoch den zuständigen Kommissar Karmenu Vella zu Gast, der mit uns über die Kommissionspläne zu diesem Thema sprach. Durchaus interessant deshalb, da das Parlament derzeit an einem Initiativbericht arbeitet, der unter der Federführung der finnischen EVP-Abgeordneten Pietikäinen im Umweltausschuss debattiert wird. Zwar entfaltet dieser Bericht keine gesetzlich bindende Wirkung, doch reflektiert er den Standpunkt des Parlaments, was die Kommission bei der Erarbeitung

ihres (dann für den Gesetzgebungsprozess die Grundlage bildenden) Vorschlags berücksichtigen sollte. Leider ist der Umweltausschuss hier wieder auf der altbekannten planwirtschaftlichen Schiene unterwegs.

Unternehmen muss man nicht gesetzlich vorschreiben, in welcher Weise sie Ihre Ressourcen effizient nutzen sollen. Ressourcen sind teuer, weshalb es in der Natur wirtschaftlichen Handelns liegt, ressourceneffizient zu haushalten. Da braucht es keine Vorschriften aus Brüssel. Bei dem Arbeitsfrühstück hat Kommissar Vella jedoch einige gar nicht so unfrische Ideen geäußert. Ich halte es durchaus für sinnvoll, wenn man vor einem Gesetzesvorschlag sogenannte Best-Practice-Lösungen in Augenschein nimmt. Ich erwähnte, dass Boeing zum Beispiel für neue Flugzeuge recycelte Teppiche verwendet. Auch der Kommissar meinte, dass noch viel mehr Wiederverwertung stattfinden kann. Ich finde das auch. Allerdings muss so ein Vorschlag offen sein und gute gesetzliche und europäisch einheitliche Rahmenbedingungen setzen. Auch Anreize sollen geschaffen werden. Von neuen bürokratischen Vorschriften, wie Unternehmen mit Ihren Rohstoffen umgehen sollen, halte ich aber nichts.

Verpflichtende Verbrauchsanzeigen in Fahrzeugen (Berichterstatteerin der liberalen Fraktion)

Der nächste Streich aus Brüssel: Sollen bald per Gesetz Verbrauchsanzeigen in Fahrzeugen vorgeschrieben sein? Dies schlägt zumindest die Berichterstatterin der Stellungnahme des Verkehrsausschusses vor. Sie fordert, dass für alle Fahrzeugklassen künftig verpflichtend Anzeigen für den Kraftstoffverbrauch eingebaut werden müssen. Ebenso sollen Warnsignale dem Fahrer anzeigen, wann er den Gang wechseln soll. Ich finde diese Forderung überzogen. Fahrzeughersteller sollen diese Hilfsmittel in die Fahrzeuge einbauen können, es soll aber nicht per Gesetz verpflichtend vorgeschrieben werden. Die Logistikbranche ist auf Spritsparen angewiesen, derartige Anzeigen zum Verbrauch oder umweltfreundlichen Fahren sind also für die Hersteller von Nutzfahrzeugen ohnehin ein Wettbewerbsvorteil. Automobilhersteller statten ihre Fahrzeuge sowieso schon größtenteils damit aus. Eine verpflichtende Regulierung ist somit überflüssig. Die Abstimmung der Stellungnahme erfolgt in der nächsten Woche im Verkehrsausschuss.

'Stop Vivisection' vorerst abgelehnt

Nach der im Mai öffentlich abgehaltenen Anhörung war die Kommission in der Pflicht bis zum 3. Juni eine Antwort zu präsentieren. Stop Vivisection, die dritte Europäische Bürgerinitiative, forderte den kompletten Verzicht auf Tierversuche. Dies ist aber in einigen Forschungsbereichen nicht möglich. Im Bereich der Epilepsieforschung zum Beispiel wären Kenntnisse über diese häufige Erkrankung (Epilepsien betreffen ca. 1 Prozent aller Menschen) ohne Tierversuche auf einem erschütternd niedrigen Niveau, von den fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten ganz zu schweigen. Für die Wissenschaft ist der Beschluss der Kommission eine Erleichterung. EU-Kommissar Jyrki Katainen erläuterte: "Ein vollständiges Verbot von Forschungsarbeiten mit Tieren in der EU wäre verfrüht und birgt die Gefahr, dass die biomedizinische Forschung in Länder außerhalb der EU verlagert wird." Auch das bestehende Gesetz verfolge das Ziel, Tierversuche einzustellen. Im Gegensatz zum sofortigen Totalverbot in der Medizinforschung, ist ein stärkerer Wissenstransfer zwischen den Forschern bei der Vermeidung, Verringerung und Verbesserung von Tierversuchen zielführender. Deshalb hat die Kommission angekündigt, sich in Zukunft stärker auf die Entwicklung und Validierung alternativer Konzepte zu konzentrieren. Darüber hinaus kündigte sie für 2016 eine Konferenz an. Dabei sollen Wissenschaftler und Interessenvertreter die Umsetzung der bestehenden Richtlinie zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere diskutieren. Dort sollen auch wissenschaftlich fundierte Alternativansätze zu Tierversuchen erörtert werden.

Klonen von Tieren

Die Ausschüsse für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung diskutieren die Ausweitung des Klonverbots von Tieren. Es

betrifft beispielsweise ein Kompletterverbot von Fleischprodukten aus Ländern, in denen das Klonen zugelassen ist. Weiterhin wurde das Klonen von Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen, die für landwirtschaftliche Zwecke gehalten und reproduziert werden, thematisiert. Angesichts der aktuell nicht ausgereiften Technologien ist es sinnvoll, das Klonen zumindest solange zu verbieten, bis es signifikante Fortschritte auf diesem Gebiet gibt.

Wichtig ist, dass wir die Bürger bei dieser Entscheidung miteinbeziehen und den Verbraucherwillen respektieren. Und der besagt, dass Klonfleisch-Produkte abgelehnt werden. Das bedeutet für uns, dass wir dafür zu sorgen haben, dass solche Produkte nicht ohne das Wissen der Verbraucher auf den Tisch kommen. Gleichzeitig muss eine Überregulierung und Bürokratisierung bei der Kennzeichnung vermieden werden. Dies würde die Kosten für die Produzenten in die Höhe schnellen lassen, die wiederum auf den Verbraucher umgelegt werden und zu Preiserhöhungen führen würde. Das ist natürlich nicht in unserem Sinne. Ein ausgeklügeltes System für die Importzertifizierung muss entwickelt werden.

EUROLAT-Versammlung in Brüssel

Im Vorfeld des II. CELAC-EU-Gipfels, der diese Woche in Brüssel stattgefunden hat, traf sich die parlamentarische Versammlung EUROLAT im Europaparlament. Dort wurde nicht nur die bilaterale Klimapolitik diskutiert mit gemeinsamen Vorbereitungen für COP21 im November in Paris, sondern auch die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Lateinamerika insgesamt. Die lateinamerikanischen Staaten haben großes Interesse an guter Partnerschaft mit der Europäischen Union, der sie sich kulturell sehr verbunden fühlen, auch um die Abhängigkeit von den USA zu reduzieren. Nach dem erfolgreich abgeschlossenen Handelsabkommen EU-Kolumbien-Peru aus der letzten Wahlperiode verhandelt die EU jetzt mit Ecuador. Die schon lange bestehenden Handelsabkommen mit Mexiko und Chile werden zur Zeit überarbeitet.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

European Maritime Day in Athen

Die EU-Kommission organisiert jedes Jahr Ende Mai den Europäischen Tag der Meere, eine zweitägige Konferenz rund um alle Aktivitäten am und im Meer. Nachdem die Veranstaltung letztes Jahr in Bremen stattfand, war diesmal Athen an der Reihe. Thematischer Schwerpunkt waren die Häfen, weswegen Piräus als Veranstaltungsort und Griechenland allgemein mit seinen tausend Inseln und Häfen gut gewählt war. Zusammen mit dem verantwortlichen Kommissar Karmenu Vella aus Malta habe ich die Konferenz eröffnet, auf der rund 1300 Teilnehmer zusammenkamen. In mehreren zum Teil parallel laufenden Workshops wurde nicht nur Innovation in Häfen wie z.B. Infrastruktur für Flüssiggas (LNG) und die wachsende Bedeutung von Offshore-Terminals diskutiert, sondern auch das "Blaue Wachstum" und die dafür erforderliche erfolgreiche Umsetzung der maritimen Raumordnung. Am Schluss der Tagung erfolgte wie immer die "Staffelübergabe" an den Veranstalter des nächsten Europäischen Tag der Meere - 2016 ist dies die finnische Stadt Turku.

FLIP - Wachstumschancen für kleine und mittelgroße Häfen in Europa

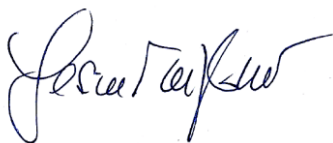
Als Präsidentin der Intergroup Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas habe ich Ende Mai die Teilnehmer der Veranstaltung „Wachstumschancen für kleine und mittelgroße Häfen in Europa“ in Brüssel begrüßt. Eingeladen hatte ein Projekt mit dem lustigen Namen FLIP, was für „Fostering Long-term Initiatives in Ports“ steht. FLIP bemüht sich um eine enge Kooperation von Häfen im Ärmelkanal. Egal ob an der englischen oder französischen Kanalküste, die Bedingungen und Probleme sind für alle Häfen dort ähnlich. Es geht um Erfahrungsaustausch in den Bereichen Transport, Logistik, Energieeffizienz und ökologische Innovationen.

Terminvorschau

12.06.	Moorexkursion	Gnarrenburg
15.-17.06.	Besuchergruppe	Brüssel
23.-24.06.	Miniplenum	Brüssel
26.06.	Inselkonferenz	Zadar/ Kroatien
02.07	Intergroup-Konferenz zu Marinen Daten	Brüssel
04.07.	Bundes-MV der Liberalen Senioren	Frankfurt/Main
06.-09.07	Plenum	Straßburg

Herzliche Grüße.

Ihre



12. Juni 2015